



Verhalten am Platz der Alten Synagoge

Innerstädtische Freiräume sind von erheblicher Bedeutung für das Befinden der Bürgerinnen und Bürger: Orte der Begegnung, der Erholung, der Weite in einer eng bebauten Stadt, der Offenheit in diesem architektonischen, aber auch im übertragenen Sinn; und nicht zuletzt als klimatisch stabilisierende Zone.

Der Platz der Alten Synagoge wäre bestens geeignet, diese Funktionen zu erfüllen. Die genannten Kriterien sind dort durchaus gegeben - bis auf die für das Klima abträgliche Gestaltung mit einer großen Fläche reflektierender Steinplatten. Deren negativer Einfluss war im Vorhinein klar absehbar, desgleichen der triste Gesamteindruck. Nach einem Jahr werden weitere Probleme erkennbar: die Beschädigungen durch Skateboards und Graffiti sowie vor allem der Müll.



Plakat aus der Schweizer

Gemeinde Horgen (Foto: Prof.
Klaus Rückauer)

Die Freizügigkeit des Aufenthalts auf einem solchen Platz wird leider von manchen missverstanden. Noch immer sollte es selbstverständlich sein, dass Kaffeebecher oder Verpackungen unaufgefordert im vorgesehenen Eimer entsorgt und Kaugummis oder Zigarettenstummel nicht achtlos auf den Boden geworfen werden. Die Freiheit des Bürgers findet ihren Ausdruck nicht in solchem Verhalten, und umgekehrt muss die Erwartung an den Respekt vor Anderen und vor Regeln keineswegs als Einschränkung der Persönlichkeitsrechte gesehen werden. Immerhin gelingt selbst den teuren Spezialgeräten die Reinigung der Platten nicht. Hier wirkt sich Rücksichtslosigkeit Einzelner zum großen Nachteil für die Allgemeinheit aus. Gleichartig sollte ein natürliches Empfinden dafür bestehen, dass Bierkästen, die zum Kühlen in das den Grundriss der Synagoge symbolisierende Becken abgestellt werden, eine grobe Respektlosigkeit gegenüber den Opfern des Pogroms darstellen.

Es braucht wiederholte Appelle an die Öffentlichkeit, und leider braucht es auch deutlich vermehrt das freundlich lenkende Eingreifen des Vollzugsdienstes. Sollte dies erfolglos sein, müsste die erforderliche Verhaltensänderung durch wirksame Maßnahmen gefördert werden.

Beitrag für das Freiburger Amtsblatt von Stadtrat Prof. Klaus Rückauer

